

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0123/2023/AN

Antragsteller: SPD, Grüne, CDU, LINKE
Antragsdatum: 30.11.2023

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Betreff:

Sicherheitskonzept für vulnerable Gruppen

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 03. Mai 2024

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	14.12.2023	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.03.2024	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	17.04.2024	Ö		
Gemeinderat	02.05.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2023

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 21.03.2024

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.04.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 02.05.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0123/2023/AN

Abbildung des Antrages:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD,
CDU und DIE LINKE

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

03.05.2024

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Sicherheitskonzept für vulnerable Gruppen

Die Verwaltung wird gebeten,

- bis 2025 ein umfassendes Sicherheitskonzept zu erarbeiten, das Mädchen und Frauen (in all ihrer Vielfalt) in besonderen Maße berücksichtigt:
 - Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls für vulnerable Gruppen (Mädchen, Frauen, queere Jugendliche, Menschen mit Behinderung, ältere Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte/ Rassismuserfahrungen, ...) analog zum Sicherheitskonzept für Mädchen und Frauen der Stadt Mannheim
- über den aktuellen Sachstand der Konzeptentwicklung in jeder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit einen entsprechenden Bericht zu geben.

Begründung:

Gewalt im öffentlichen Raum und auch rassistische Gewalt nimmt in unserer Gesellschaft zu. Die beantragenden Fraktionen setzen sich daher aktiv dafür ein, dass sich unter anderen Mädchen, Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund zu jeder Zeit sicher in der Stadt bewegen können.

Das Ordnungsamt als oberste Ordnungsbehörde ist für die Sicherheit der Heidelberger Bürger*innen im öffentlichen Raum zuständig und soll bis 2025 ein umfassendes Konzept erarbeiten, das konkrete Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls enthält, welches vulnerable Gruppen (Mädchen, Frauen, queere Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Ältere Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte/Rassismuserfahrungen, ...) in besonderem Maße berücksichtigt. Orientiert werden kann sich hierbei am aktuellen Sicherheitskonzept für Mädchen und Frauen aus Mannheim. Wir bitten um einen regelmäßigen Bericht zum Stand des Konzepts im Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gezeichnet CDU-Fraktion,
gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktion DIE LINKE**